

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 104 (2007)
Heft: 1

Rubrik: Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Rascher integriert dank intensiver Beratung: Jugendliche bei der Sozialhilfe der Stadt Bern. *Bild: Stefan Süess*

Bern: Jugendliche integrieren

Mit zwei Pilotprojekten versucht die Sozialhilfe der Stadt Bern seit 2005, die jungen Erwachsenen in die Arbeitswelt zu integrieren. Nach einer zweijährigen Testphase haben die Verantwortlichen nun erstmals Resultate präsentiert. Am Projekt «Junge Erwachsene in der Sozialhilfe» haben 150 Klientinnen und Klienten teilgenommen. Für sie wurde die Beratungszeit gegenüber der so genannten «Normberatung» verdoppelt. Den Betroffenen standen vier Sozialarbeiterinnen mit insgesamt 300 Stellenprozenten zur Seite. Dieser Beratungsaufwand scheint sich gelohnt zu haben: Von den Projektteilnehmenden konnten im vergangenen Jahr 51 Prozent mit dem Vermerk «berufliche Integration» von der Sozialhilfe abgelöst werden. Die Normberatung konnte hingegen nur 28 Prozent der betroffenen Klientengruppe in die Arbeitswelt vermitteln. Das zweite ergänzende «niederschwellige Integrationsprojekt NIP» richtet sich an junge Menschen, die beruflich nachhaltig

gescheitert sind. Sie arbeiten mittels eines intensiven Einzelcoachings an ihrer persönlichen Entwicklung – mit dem Ziel, beruflich wieder Fuss fassen zu können. 75 Prozent der Teilnehmenden haben sich in der Pilotphase auf diesen Prozess eingelassen. Die Stadt Bern will die beiden Projekte stufenweise in ein Regelanbot für möglichst viele betroffene junge Erwachsene überführen. (pd)

Zürich: Das Soziale rentiert

Das Sozialdepartement der Stadt Zürich hat eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse seiner Bedarfsleistungen durchführen lassen. Das Resultat zeigt: Die sozialen Leistungen kommen nicht nur den Beziehenden zugute, sondern auch der Volkswirtschaft. Durch die Investitionen von einem Franken in Transferleistungen für private Haushalte fließen fast 50 Rappen wieder an das Gemeinwesen zurück. Die Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker hatte das Büro für sozi-

alpolitische Studien BASS in Bern mit der Analyse beauftragt. Sie wolle, so Stocker, mit dieser «wissenschaftlichen Pionierarbeit» eine sozialpolitische Debatte lancieren und zeigen, dass Sozialausgaben nicht nur Kosten verursachen, sondern positive wirtschaftliche Effekte hätten. (pd)

Weitere Infos:
www.stadt-zuerich.ch

Erste nationale Armutskonferenz

Wie der Nationalrat will auch der Ständerat, dass in diesem Jahr erstmals eine nationale Armutskonferenz stattfindet. An der Konferenz sollen sämtliche Akteure, die mit der Problematik konfrontiert sind, teilnehmen – mit dem Ziel, einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut zu entwickeln. Die SKOS und die vier Organisationen ATD Vierte Welt, Caritas Schweiz, HEKS und SAH begrüßen den Entscheid. Sie haben dem Bundesrat, der das Vorhaben nun umsetzen muss, die Zusammenarbeit angeboten. Auch die Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung, eine Organisation von Armutsbetroffenen, will sich als «gleichwertige Gruppe» an der Gestaltung der nationalen Armutskonferenz beteiligen, denn: «Eine nationale Armutskonferenz ohne Direktbetroffene ist keine Armutskonferenz», schreibt die Organisation in einem Pressecommuniqué. (mb)

Ergänzungsleistungen für Familien

Im Kanton Zürich stimmt das Volk im Juni über die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien ab. Die Volksinitiative «Chancen für Kinder» will Kindern einen besseren Start ins Leben ermöglichen. Mit der Einführung von Ergänzungsleistungen soll die Familienarmut wirksam bekämpft werden, schreiben die Initianten. Familien, deren Einkommen nicht ausreicht (Wor-

king Poor), würden nach dem neuen Gesetz gezielt Ergänzungsleistungen erhalten. Die Initiative wird von Kirchen, Hilfswerken, Fachverbänden und Parteien wie CVP, EVP, SP und der Grünen Partei unterstützt. (pd)

Weitere Infos:
www.chancen-fuer-kinder.ch

Netzwerk Arbeitsmarkt

Drei verschiedene Institutionen aus drei verschiedenen Kantonen haben sich zum «Netzwerk Arbeitsmarkt» zusammengeschlossen: Die Basler Genossenschaft «Overall», die Zürcher Stiftung «Chance» und der Aargauer Verein «HEKS LernWerk». Die drei verschiedenen Organisationen verfolgen das gleiche Ziel: Sie möchten Menschen auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt unterstützen. Der Zusammenschluss soll dazu beitragen, dass diese Aufgabe zukünftig noch besser geleistet werden kann. Das «Netzwerk Arbeitsmarkt» hat soeben ein Buch mit dem Titel: «Arbeitsmarkt 2010 – Chance für alle? Eine Standortbestimmung zur Arbeitsmarktintegration» herausgegeben. (mb)

Weitere Infos:
www.netzwerk-arbeitsmarkt.ch

Basel: Erstes Bündnis für Familien

Starke Lobby für die Familie: Im Kanton Basel-Landschaft ist im Januar 2007 das Baselbieter Bündnis für Familien gegründet worden. Darin vertreten sind der Kanton, mehrere Baselbieter Gemeinden, verschiedene Unternehmen, Verbände und Organisationen, die Landeskirche und Einzelpersonen. Das Bündnis für die Familie will gemeinsam einen Beitrag zum Wohl der Familie und zur Steigerung der Attraktivität des Kantons Basel-Landschaft als Lebensraum und Wirtschaftsstandort leisten. Das heisst unter anderem, dass die Bündnispartner gemeinsame Strategien entwickeln, um die Vereinbarkeit von Familie



Das Wohl der Familie fördern: Das will das neue Baselbieter Bündnis.

Bild: Aura

und Beruf zu fördern – und damit die Familie als Ganzes. Der neue Zusammenschluss wurde von der Baselbieter Fachstelle für Familienfragen initiiert, die den Verbund auch koordiniert und Aktivitäten und Veranstaltungen durchführen wird. Es handle sich um das erste Bündnis dieser Art in der Schweiz, schreiben die Bündnispartner in einer Medienmitteilung. (pd)

Weitere Infos:
www.buendnis-fuer-familien-bl.ch

Grenchen: Ermitteln ist legitim

Die Verantwortlichen der Grenchener Sozialhilfe dürfen weiterhin mit Sozialdetektiven zusammenarbeiten. Dies zeigt ein Beschwerdeentscheid des Kantonalen Departements des Innern. Ein Sozialhilfebezüger, dem unzulässiger Autohandel nachgewiesen und daraufhin die Unterstützung gestrichen wurde, hatte gegen diese Sanktionen Beschwerde eingereicht. Die kantonale Beschwerdeinstanz hat nun festgehalten, dass die verdeckten Ermittlungen in diesem Fall nicht nur gerechtfertigt, sondern auch erforderlich gewesen sind. Die Beschwerde wurde abgelehnt und der Grenchener Sozialamtsvorsteher Kurt Boner wertet dies als Legitimation, auch zukünftig «sehr selektiv» mit verdeckten Ermittlern zu arbeiten. (pd)

IV-Revision vors Volk

Die 5. Revision der Invalidenversicherung kommt am 17. Juni 2007 vors Volk. Das nationale Referendumskomitee hat bei der Bundeskanzlei über 67 000 beglaubigte Unterschriften eingereicht. Das Referendum wurde vom Zentrum für Selbstbestimmtes Leben und CapContact ergriffen und wurde später durch weitere Organisationen, Gewerkschaften und linke Parteien unterstützt. (pd)



Umstrittene 5. IV-Revision: Das Volk wird darüber entscheiden. Bild: Keystone